

Zeitschrift: Wissen und Leben
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 23 (1920-1921)

Artikel: Die Stunde des Völkerbundes
Autor: Simons, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-749788>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE STUNDE DES VÖLKERBUNDES

Der Gedanke, die Lösung des oberschlesischen Problems dem Völkerbund zu übertragen, entspricht nicht den bisherigen Gepflogenheiten des Obersten Rates. Einen solchen Versuch, eine Instanz über sich zu finden, konnte man nicht von ihm erwarten, zumal noch unmittelbar vor der Pariser Tagung er und der Völkerbundrat einträchtig dafür gesorgt haben, dass er sich auch wirklich als „oberster“ fühlte, wie Albanien das zu seiner Enttäuschung hat erfahren müssen. Darum ist auch die Freude der Völkerbundanhänger über die Pariser Entscheidung nicht ungetrübt: der Umschwung kam zu plötzlich, um nicht bedenklich zu sein. Der Völkerbund wird hier nicht, wie er sollte, selbstverständlich und selbstlos als Helfer in der Not angerufen, sondern er ist ein äußerster Umweg, den man nur ungern wählt, da man anders nicht zum Ziel gelangen konnte. Zu diesem Mangel in der Anwendung kommt ein noch größerer Mangel in der Anwendbarkeit. Denn der Umweg geht über viele gefährliche Stellen, ja die eigentliche Brücke über den Zwiespalt, die hier begangen werden soll, ist nur ein schwankender Notbau. Ihr Hauptpfeiler, das Vertrauen in der ganzen Welt, hat unter vielen schweren Erschütterungen tiefe Risse davongetragen.

Kann dieses Bauwerk standhalten, wenn die „Hauptmächte“ gepanzerten Schrittes darüber weggehen? Diese Frage muss jeden bedrücken, der im Völkerbund der Friedensverträge den großen entscheidenden Versuch zur Schaffung einer internationalen Rechtsorganisation sieht. Und das muss jeder tun, der versteht, dass zwischen der Brücke aus Seilen und der aus Stahlbogen nur ein geringer Unterschied ist, gemessen an der Unüberbrückbarkeit der Schlucht, ehe irgend eine Verbindung zwischen beiden Seiten gelungen ist. Reißt jetzt diese erste Verbindung, ehe sie fest geworden ist, dann ist mehr verloren, als durch irgend eine Lösung des oberschlesischen Problems gewonnen werden kann.

So ist das Ersuchen des Obersten Rates an den Völkerbundrat nicht eine bloße Anfrage über die oberschlesische Grenzfürhung; es ist zugleich eine Erprobung des dem Völkerbundrat obliegenden Verfahrens, zu vier Streitenden, die sich nicht einigen können, vier bisher am Streite Unbeteiligte dazu zu nehmen, von denen das-

selbe zu erwarten ist. Damit aber wird diese Aufgabe des Völkerbundes zu einer Prüfung der Organisation überhaupt: nicht die Gunst oder Missgunst der Vereinigten Staaten und ihres Präsidenten, sondern jene der Weltmeinung begreifliche Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit der oberschlesischen Lösung entscheidet darüber, ob der Völkerbund leben kann oder sterben muss.

Leider hat er selber die Bewältigung einer solchen Aufgabe gar nicht vorbereitet. Er hätte seine Kräfte wiederholt stärken können, um sie gegen das politische Übergewicht irgend einer Macht oder Mächtegruppe einzusetzen. Statt dessen hat er mehrmals darauf verzichtet, auch in Fragen von geringerer Bedeutung eine selbständige Entscheidung zu treffen. Gewiss war er nach dem politischen Mechanismus zu einer solchen Haltung gezwungen. Aber was die Menschheit vom Völkerbund erwartet, ist ja eben, dass er sie von diesem Mechanismus allmählich erlöse. So ist es begreiflich, dass auch seine besten Freunde über seine neue Aufgabe nicht entzückt sein können; sie sehen die Schwäche des Bundes und die Gefahr, ihn zu früh zu überanstrengen. Im Interesse der Gesinnung in der Welt, deren der Solidaritätsgedanke zu seinem Wachstum unbedingt bedarf, muss man daher wünschen, dass der Völkerbund den Mangel eigenen Ansehens ausgleicht, indem er angesehene Männer sucht, die frei von den Aufträgen ihrer durch die Pariser Verhandlungen festgelegten Regierungen, frei von dem offenkundigen Ränkespiel der Weltdiplomatie eine Entscheidung nach anderen als den alten Gleichgewichts-Gesichtspunkten zu finden vermögen.

Nur solchen Männern würde es auch gelingen, sich gegen die Entwicklung nach rückwärts zu stemmen, die der Gedanke einer überstaatlichen Rechtsordnung neuerdings wieder genommen hat. Denn den diplomatischen Vertretern der Staaten, die Ratsmitglieder sind, glaubt niemand und darf niemand glauben, dass sie in irgend einer politischen Frage unvoreingenommen entscheiden könnten, wenn „unvoreingenommen“ nicht nur den persönlichen Willen zur Rechtschaffenheit, sondern die innere Freiheit von alten Methoden bedeuten soll. Dass die Staaten als politische Organisationen nicht über sich selber hinauskönnen, liegt in der Natur der Sache; es ist auch durch die Nachkriegsereignisse reichlich erwiesen. Am deutlichsten hat Amerika den Rückweg zur alten

Engherzigkeit genommen. Die Entschuldigung, die es in den Worten der Präsidentenbotschaft versucht hat, klingt im Grunde wie eine Selbstanklage: denn sie sagt das Gegenteil von dem, was jeder fühlen muss, der an die ganze Menschheit denkt. „It is not selfishness, it is sanctity“ möchte man umkehren: „It is selfishness, not sanctity“. — Die Entwicklung zum Völkerbund bedeutet eine Entwicklung zum Weltstaat. Die starke Reaktion gegen eine solche Bewegung zeigt uns, wie deutlich sie empfunden wird; je lauter sich alle Staatsmänner auf die unverminderte Souveränität berufen, desto klarer wird der Kampf um dieses alte Dogma. Daher will die Menschheit, soweit sie sich als Einheit fühlt, keine Entscheidungen mehr von sogenannten souveränen Regierungen, sondern von sittlich souveränen Persönlichkeiten.

Oder soll wirklich der Kampf des neuen Geistes, der in Paris mit einer Niederlage geendet hat, auch für immer beendet sein? Muss er nicht vielmehr bei jeder Gelegenheit mit frischen Kräften aufgenommen werden? Und was für die Gesamtheit aller politischen Probleme, für die Neuordnung einer ganzen Welt unmöglich war, nämlich die alten Dogmen der Macht, der einzelstaatlichen Herrlichkeit zu überwinden, das sollte bei einer einzigen, gewiss bedeutsamen, aber doch in sich abgeschlossenen politischen Frage endlich einmal möglich sein. Was aus den Wilson-Punkten den Kämpfern auf allen Schlachtfeldern wie Musik klang, weil es ihrem innersten Bewusstsein von neuen Notwendigkeiten entsprach, das kann nicht allen Zauber schon wieder verloren haben. Wenn solche Kraft sich einmal auf einen Punkt konzentrieren darf, statt sich in tausend verwickelten Fragen zu zersplittern, dann muss es gelingen, gegen Müdigkeit und Skepsis, gegen Rückschritt und absichtliche Entstellung, wie sie das politische Leben beherrschen, endlich die guten Kräfte zur Geltung zu bringen, die der geistige Krieg doch nicht ganz umsonst geweckt haben kann. Und auch dafür ist es wieder nötig, aus der Atmosphäre der Amtsstuben und Aktenbündel herauszukommen und die einfache menschliche Wirklichkeit gelten zu lassen. Die ist weder in Statistiken noch durch juristische Rabulistik zu finden, was man ebenso den selbstherrlichen Richtern in Paris wie den Parteien im umkämpften Lande sagen muss.

Was dem Völkerbund neue Kraft und größere Wirkungsmöglichkeit für alle Zukunft gäbe, würde auch dem Problem selber

seine Erledigung so geben, wie man einzig wirklich von einer „Lösung“ sprechen könnte. Das Selbstbestimmungsrecht ist ein Zukunftstraum, solange weder die Menschengemeinschaft hergestellt ist, die Träger dieses Rechts sein könnte, noch der Einzelne auch nur entfernt die sittliche Entwicklung genommen hat, die eine Stimmzettel-Entscheidung erst zu einem Akt der Selbstbestimmung machen könnte. Die tiefe innere Unsittlichkeit, die in der Anwendung so fortschrittlicher Mittel auf eine so zurückgeworfene Bevölkerung liegt, — dieser tragische Widerstreit zwischen den geistigen Ansprüchen der Gegenwart und ihren sittlichen Befriedigungsmöglichkeiten hat sich in Oberschlesien bitterlich gezeigt. Die Exzesse eines der eingesessenen Bevölkerung ursprünglich fremden Nationalismus, Stimmenfang und Stimmenkauf, leibliche und seelische Vergewaltigung in all ihren Formen sind durch dieses Land gegangen. An ihnen ist das neue Verfahren der Selbstbestimmung schon wieder überaltert; die Abstimmung als politisches Mittel hat im Grunde versagt. Nicht nur, weil die endgültige Entscheidung ja gar nicht den Stimmenden zustand, sondern auch, weil eine echte, innerlich befreiende Entscheidung, eben weil eine Lösung nicht gefunden wurde. Was hat der Völkerbund für eine Mission, wenn er jetzt vermag, die Frage aus dem Mischmasch großer und kleiner Leidenschaften, aus dem Wirrwarr nationaler Gegensätze zwischen Deutschland und Polen, Frankreich und Deutschland, England und Frankreich herauszuheben, die Parteien, alle Parteien auszuschalten und die beiden großen Interessenten zu Wort kommen zu lassen: das oberschlesische Volk selbst — und Europa!

Nur so verdiente er seinen Namen, nur so fände er den Rückhalt, der ihn befähigte, mehr zu leisten als eine leisere, vorsichtigere, besser vorbereitete Fortsetzung des Pariser Gezänks. Die Vielen, denen vor zweieinhalb Jahren die Furcht vor Egoismus und Voreingenommenheit den Mund verschloss, sollten jetzt die Kraft finden, gegen die Advokaten- und Diplomatenfertigkeit die selbstlose Hilfsbereitschaft zu setzen. Wenn es gelingt, der Welt glaubhaft zu machen, dass das Problem neu gesehen, ernsthaft, gründlich und innerlich angepackt wird, erst dann wird auch eine Bewältigung der entstandenen nationalen und internationalen Schwierigkeiten möglich sein, die es vermeidet, bloß eine Scheingerechtig-

keit zu bieten. Die Dialektik ist ein willfähriger Diener jedes Anspruchs, und die differenzierte Wirklichkeit alles staatlichen und wirtschaftlichen Lebens bietet Argumente für jede Meinung. Aber hinter den ausdeutbaren Paragraphen der Verträge und Verordnungen, hinter den beweglichen Zahlen der Statistiken und Abstimmungsergebnisse lebt eine einfache Kraft in dem wunderbarerweise immer noch erhaltenen Gewissen der Menschen. Dies zu wecken, überall und bei allen Parteien, es zu Hilfe zu rufen, statt es zum Schweigen zu bringen, ist die große Aufgabe derer, denen der Völkerbundrat die Behandlung der oberschlesischen Frage anvertrauen wird. Sie müssen den Mut haben, zu bekennen, dass es weniger auf den materiellen Inhalt ihres Spruches ankommt als auf die Kräfte in den beteiligten Völkern, denen er zu rufen vermag.

Denn die Grundsätze sind es, um die es wieder einmal geht; die höher stehen sollten als Vorteil oder Nachteil, an die geglaubt werden sollte ohne Rücksicht auf die Opportunität. Ihre Anwendung wäre ganz von selber der wahre Dienst am Recht — an dem Recht, dem Gerechtigkeit nicht Auslegungskunst des geübten Intellekts, sondern Sehnsucht des glaubensfähigen Herzens ist. Welches Gremium es auch sein mag, dem Europa durch den Obersten Rat, der es freilich denkbar schlecht vertritt, seine ganze Not gesteht, es muss abrücken von den Methoden, mit denen diese Not erzeugt und vergrößert worden ist: vom Nationalitätenkampf, der nicht nur in Oberschlesien seine vergiftende Wirkung zeigt, sondern heute mehr als je aller Orten entbrannt ist; vom Terror der Fonds und Propagandazentralen ebenso wie von dem der Fäuste und Marterwerkzeuge. Oberschlesien ist im wirklich europäischen Sinne eine wirklich europäische Schande, und alle teilen sich darin, wenn auch mit verschiedenen Anteilen. Hier gilt es eine seelische Wiedergutmachung, die jeder Lösung vorausgehen muss. Sonst ist das Gutachten des Völkerbundesrates zwar das Urteil einer höheren Instanz, aber es bleibt das Urteil einer Art Klassenjustiz. Wie sich die Parteien in dem Land, das unter dem Segen des Selbstbestimmungsrechts so schwer zu leiden hat, in dem Willen zur Einigung und zum Frieden einander nähern, so müssen sich die Parteien in dem Streit, für den Oberschlesien nur ein Stichwort ist, erst dazu bekennen, dass auch sie wirklich Frieden und Einigung wollen, nicht nur Ausgleich und Zeitgewinn. Bei der Art, wie fast

die gesamte Presse aller Länder diese Arbeit des Völkerbundes vorbereitet, ist freilich von einer solchen Bereitschaft weder der Regierungen noch der Völker etwas zu merken.

Gerade diese Haltung der Presse zeigt aber auch, dass in einem solchen Gesinnungswandel die einzige Möglichkeit liegt, die Gefahren zu überwinden, wiederherzustellen „la paix ou la bonne entente entre nations, dont la paix dépend“. Entspricht doch der juristischen Freiheit zu jeder Art von Verfahren, die nach Artikel 11 dem Völkerbund gelassen ist, eine arge politische Gebundenheit, wenn dieses Verfahren von der gewöhnlichen Art solcher Verhandlungen sein sollte, wie sie seit Versailles eine ständige Enttäuschung waren. Beherrscht von der Angst, sich die Position zu verderben, geblendet von dem Vorurteil, dass Politik ein Handelsgeschäft sei, stellen die Parteien unerfüllbare Forderungen, um sich auf erfüllbare herunterdrücken zu lassen; postieren sie sich auf den äußersten Enden des Gegensatzes mit dem inneren Vorbehalt, den Treffpunkt schließlich doch in die Mitte zu verlegen. *Nicht wie die These lautet, die der Völkerbund finden wird, sondern wie er sie begründen kann, wird entscheiden.* Seine Behauptung muss aus den Gründen erwachsen, damit er keine Gründe braucht, die erst aus der Behauptung entstehen. Darum darf es keine deutsche oder polnische, keine französische oder englische These sein. Denn keine dieser Thesen vermag die Welt innerlich anzunehmen. Sie verlangt nach größeren Zusammenhängen, als sie in Geheimabkommen und Ententen, in offenem Wortkampf und verstecktem Waffenkrieg der „Mächte“ zu finden sind. Solche Zusammenhänge gibt es, und sie sind auch schon deutlich geworden. Noch einmal: aus der Verknüpfung des oberschlesischen mit dem europäischen Schicksal muss der Völkerbund seinen Spruch finden und begründen.

Ohne ein solches Bestreben, das Material, das über diese Frage angesammelt worden ist, in einem neuen Sinne zu verwerten, wird auch das weiseste und vorsichtigste Gutachten für mindestens einige der Betroffenen unannehmbar. Denn darin zeigt sich am krassesten die üble Methode des Meistforderns, um viel zu erhalten: allseits hat man sich festgelegt, und die verhetzte öffentliche Meinung ist wieder einmal aus dem Instrument zum Instruktor geworden, Darum ist von der Aufgabe, eine theoretische Lösung zu finden,

untrennbar die ebenso schwere, diese Lösung praktisch zu bewerkstelligen. Vollste Offenheit und eine auch technisch sorgfältig wirksam gemachte Öffentlichkeit sind die Vorbedingungen hierzu. Es ist schade, dass das Völkerbundsekretariat nicht von Anfang an dafür gesorgt hat, dass sich Unverständnis, Missverständnisse und Verdrehungen an seinen Nachrichten korrigieren konnten. Solche Nachrichten gäbe es unabhängig von der materiellen Entscheidung des Streits. Auch künftig ist es mit Sitzungsprotokollen in teuren, spät erscheinenden Bänden nicht getan: will der Völkerbund die öffentliche Meinung beruhigen, wie er aufgefordert worden ist, so muss er das öffentliche Gewissen beunruhigen, indem er es sich zu Hilfe ruft.

Dann wird er für Deutschland, das aus der letzten Entwicklung am fremdesten, aus der Verknüpfung mit bitterem Schicksal am feindlichsten ihm gegenübersteht, vertrauenswürdig und innerlich erträglich werden. Dann wird er für Polen, dessen hell erwachtem Nationalismus er am gleichgültigsten und hinderlichsten ist, zu einer gültigen Wirklichkeit werden. Dann wird er auch für Frankreich, das zwar in Lippenbekenntnissen, aber nicht in praktischer Politik für ihn eintritt und dessen aus furchtbaren Erfahrungen erwachsenem Irrtum er am lästigsten geworden ist, zu einem Mittel wirklicher, der europäischen Solidarität dienender Sicherheit werden. Das aber heißt Gewinnung einer — trotz allem — großen Kraft in Mitteleuropa für den Völkerbund, Beruhigung einer gefährlichen Leidenschaft in Osteuropa durch den Völkerbund, und Wiederanknüpfung eines in nationale Beschränkung entarteten Machttriebes in Westeuropa an das internationale Rechtsideal im Völkerbund: also einen Gewinn, mit dem er gedeihen, ohne den er auf die Dauer nicht einmal dahinvegetieren kann.

RAUSCHEN (Samland)

HANS SIMONS jr.

□ □ □

„Und wiederum ist für eine Nation nur das gut, was aus ihrem eigenen Kern und ihrem eigenen allgemeinen Bedürfnis hervorgegangen, ohne Nachäffung einer andern. Denn was dem einen Volk auf einer gewissen Altersstufe eine wohltätige Nahrung sein kann, erweist sich vielleicht für ein anderes als ein Gift.“

Goethe zu Eckermann, 4. Januar 1824.

□ □ □